

—
SGA | ASPE

Schweizerische Gesellschaft für Aussenpolitik
Associazione svizzera di politica estera
Association suisse de politique étrangère

Online-Publikation

Eine Aussenpolitik für die Schweiz im 21. Jahrhundert La
politique étrangère Suisse Au défi du XXIème siècle

Perspektiven für eine zukunftsfähige Schweizer Migrationspolitik

März 2026

Anita Manatschal

In vielen zeitgenössischen Demokratien wird «Migration» hauptsächlich als Problem gesehen und Migranten gelten als beliebter Sündenbock. Gleichzeitig heizen Fachkräftemangel und die Überalterung der Gesellschaft den Bedarf nach Zuwanderung ungebremst weiter an. Wie lässt sich dieses liberale Paradox, welches nun schon seit mehr als einem halben Jahrhundert die Migrationspolitik der Schweiz prägt, lösen? Ausgehend von den zentralen Konfliktfeldern dieses Politikfeldes sowie damit verbundenen Zahlen, Fakten und wissenschaftlichen Erkenntnissen entwickelt der vorliegende Beitrag Perspektiven für eine zukunftsfähige Schweizer Migrationspolitik.

Anita Manatschal ist Professorin für Migration Policy Analysis am Swiss Forum for Migration and Population Studies (SFM) der Université de Neuchâtel

Reizwort Migration. Kaum ein Politikfeld ist heutzutage derart umstritten und hat in den letzten Jahrzehnten so häufige Wandel und Reformen durchlebt wie die schweizerische Migrationspolitik. Wie kein anderes Politikfeld steht sie zudem als Sinnbild für die Verknüpfung von innen- und aussenpolitischen Anliegen. Zuwanderung und die—freiwillige oder erzwungene—Abwanderung, der international verbrieft Schutz Flüchtender, sowie die Aufnahme mobiler und migrantischer Personen, und deren aktive Teilhabe am lokalen Gesellschaftsleben, Arbeitsmarkt und in der Politik, all dies sind Teilbereiche der Migrationspolitik (Lavenex 2023, Manatschal 2023). Es ist deshalb wenig erstaunlich, dass diese Überschneidung zwischen nationalen und internationalen Interessen und Prioritäten konfliktanfällig ist. Nicht selten produziert diese Ausgangslage widersprüchliche politische Resultate. Beispielhaft dafür steht etwa der Migrationspakt der UNO, der erstmals globale Leitlinien für die internationale Migrationspolitik definierte, und welcher im Jahr 2018 von 152 Ländern verabschiedet wurde. Auf internationaler Ebene spielte die Schweiz eine Vorreiterrolle in der Koordinierung dieses Pakts. Obwohl sie massgeblich zu seiner Entstehung und zu seinem Gelingen beitrug, hat innenpolitischer Widerstand verhindert, dass die Schweiz selbst, als einer seiner Hauptsponsoren, dem Pakt beitrifft.

Liberales Paradox

Das Land sieht sich hier mit einem grundlegenden liberalen Paradox konfrontiert, welches alle zeitgenössischen liberalen Demokratien in unterschiedlichem Ausmass herausfordert. Nationale Volkswirtschaften und wirtschaftliches Wachstum sind auf Zuwanderung angewiesen. Fachkräftemangel und eine überalternde Gesellschaft verschärfen diese Abhängigkeit noch zusätzlich. Gleichzeitig ist die Bevölkerung der Migration gegenüber häufig kritisch eingestellt. Diese Konstellation ist insbesondere dann konfliktanfällig, wenn demografische Ängste vor einem wahrgenommenen Übermass an Zuwanderung öffentliche Debatten prägen, wie dies in der Schweiz seit gut 50 Jahren der Fall ist. Die aktuelle SVP-Initiative «keine 10-Millionen Schweiz» zeigt, dass dieses Überfremdungsnarrativ auch im Jahr 2026 nichts an Aktualität eingebüsst hat. Wohnungsnot, Verkehrsüberlastung oder Energieversorgungs Knappheit lauten die Schlagwörter, die dieses Narrativ heute prägen.

Angesichts dieser komplexen Ausgangslage gibt es keine einfache Antwort auf die Frage, wie eine zukunftsfähige Migrationspolitik der Schweiz auszusehen hat. Aufgrund der untrennbaren Verbindung zwischen nationalen und internationalen Interessen in diesem Politikbereich, greift eine Antwort, die lediglich aussenpolitische Interessen berücksichtigt, zu kurz. Auch die effizienteste internationale Migrationspolitik ist zum Scheitern verurteilt, wenn sie aufgrund von innenpolitischem Widerstand nicht umgesetzt werden kann. Vielmehr muss eine zukunftsfähige Migrationspolitik den schwierigen Spagat meistern, diese verschiedenen, mitunter konfligierenden, Interessen in den Bereichen Wirtschaft, humanitäre Verantwortung, gesellschaftlicher Zusammenhalt und Sicherheit miteinander in Einklang zu bringen.

Vor diesem Hintergrund werden nachfolgend Perspektiven für eine zukunftsfähige Schweizer Migrationspolitik diskutiert. Angefangen im Kleinen, der sogenannten Migrationsinnenpolitik, welche Fragen der lokalen Inklusion und Teilhabe regelt, über die bilaterale Zusammenarbeit mit und über die Europäische Union hinaus in den Bereichen Wirtschaftsmigration und Asyl, bis hin zur globalen Ebene der internationalen Migrationsgouvernanz. Basierend auf den reichhaltigen Erkenntnissen der Forschung zum Thema Migrationspolitik können wir lernen, welche politischen Massnahmen und Strategien bislang gut funktioniert haben. Zudem können wir strukturelle—ökonomische oder demographische—Kontextfaktoren identifizieren, die das Politikfeld heute und in Zukunft prägen werden. Diese empirischen, objektiven Fakten, nicht subjektive Emotionen

oder populistische Angstmacherei, bilden ein solides Fundament, auf dem Wege in eine Migrationspolitik der Zukunft skizziert werden können.

Migrationsnation Schweiz

Die Schweiz ist Migrationsland. Gemäss dem Staatssekretariat für Migration (SEM) hatten Ende 2024 27,3%, sprich, über ein Viertel der in der Schweiz wohnhaften Bevölkerung, keinen Schweizer Pass. Der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund inklusive Einbürgerungen und Schweizer Kinder von zugewanderten Elternteilen beläuft sich laut Bundesamt für Statistik (BFS) 2023 gar auf 40%. Betrachtet man die Migrationsströme fällt auf, dass der Fokus der öffentlichen Debatte auf der Immigration liegt, also jenen Menschen, die kommen. Ausgeblendet wird dabei, dass jedes Jahr auch ganz viele Leute die Schweiz (wieder) verlassen, darunter auch viele Schweizer:innen. Der Anteil der aus- und rückwandernden Schweizer und Schweizerinnen beläuft sich auf 20'000 bis 30'000 Personen pro Jahr (SECO 2022). 2024 lebten 826'700 Schweizer Staatsangehörige im Ausland. Dies entspricht mehr als einem Zehntel der in der Schweiz wohnhaften Bevölkerung mit Schweizer Pass.

Für eine gesamtheitliche Betrachtungsweise muss deshalb der Migrationssaldo angeschaut werden, also die Anzahl der Menschen, die in einem Jahr einwandern, abzüglich jener Personen, die auswandern. Insgesamt wandern im Schnitt mehr Personen aus dem Ausland in die Schweiz ein als die Schweiz verlassen haben, der Migrationssaldo ist also positiv. Dieser positive Migrationssaldo fluktuiert zwar, abhängig von der wirtschaftlichen Konjunktur sowie internationalen Krisen und Kriegen, wie etwa jüngst dem Krieg in der Ukraine. Seit in Kraft treten der Personenfreizügigkeit mit der EU im Jahr 2002 pendelt dieser Saldo zwischen plus 50'000 und 100'000 Personen pro Jahr. Betrachtet man die Zusammensetzung zugewanderter Gruppen genauer, so fällt ins Auge, dass nur ein ganz kleiner Anteil von 2.4% der ausländischen Bevölkerung auf den Asylbereich entfallen. Dazu kommt seit Ausbruch des Krieges in der Ukraine ein ähnlich grosser Anteil an Ukrainer:innen, die vom 2022 erstmals angewandten Schutzstatus-S profitieren (ca. 2.6% der ausländischen Wohnbevölkerung, Stand Ende Dezember 2024, BFS). Die grosse Mehrheit der zugewanderten Bevölkerung, 8 von 10 zugewanderten Personen, stammt jedoch auch im Jahr 2024 aus dem europäischen Raum (EU, EFTA und übriges Europa), und lebt zu Arbeitszwecken oder aus familiären Gründen in der Schweiz.

Schweizer Migrationsinnenpolitik: wie gelingen Inklusion, Teilhabe und sozialer Zusammenhalt?

Ungeachtet des Einwanderungsgrundes ist es von zentraler Bedeutung, die Teilhabe der zugewanderten Bevölkerung an der hiesigen Gesellschaft, am Arbeitsmarkt und in der Politik zu stärken. Erfahrungen zeigen, dass insbesondere inklusive Integrationspolitiken eine chancengleiche Teilhabe von Zugewanderten und ihren Kindern an Gesellschaft, Bildung, Arbeitsmarkt und politischem Gemeinwesen am wirksamsten fördern. In Kantonen mit inklusiven Politiken ist der Zugang zu politischen Rechten, etwa über das Ausländerstimmrecht, welches mehrheitlich in französischsprachigen Kantonen und Gemeinden und vereinzelt auch in der Deutschschweiz angewendet wird, sowie zum Arbeitsmarkt, aber auch zu kultureller Teilhabe einfacher gestaltet als in anderen Kantonen. In inklusiveren Kantonen beobachten wir tendenziell eine grössere Chancengleichheit zwischen migrantischen und schweizerischen Schüler:innen, aber auch eine grössere Bereitschaft der zugewanderten Bevölkerung, sich zivilgesellschaftlich zu engagieren oder einbürgern zu lassen (Manatschal und Stadelmann Steffen 2013, 2014, Politi et al. 2022). Ebenso bewährt haben sich Reformen im Asylbereich, welche den Zugang von Personen mit vorläufiger Aufnahme zum Arbeitsmarkt und entsprechende Integrationsfördermassnahmen sowie die Familienzusammenführung erleichtert haben. Konkret

stieg für Personen aus Sri Lanka mit F-Status, die von dieser Reform profitiert haben, die Wahrscheinlichkeit einer Erwerbstätigkeit um rund 29 Prozentpunkte. Zusätzliche Analysen basierend auf Registerdaten bestätigen diese verbesserte Arbeitsmarkintegration für die gesamte Gruppe von Personen mit F-Status. Zudem verbesserte sich dank der Reform sowohl Verständnis als auch das Sprechen einer Landessprache in der Gruppe von Sri Lankern mit F-Status um jeweils mindestens 20 Prozentpunkte. Umgekehrt verringerte sich ihr Gefühl, heimatlos oder allein zu sein um 18 bzw. 19 Prozentpunkte nach Umsetzung der Reform (Pecoraro et al. 2021).

Inklusive Integrationspolitiken begünstigen aber nicht nur die Inklusion und Teilhabe der zugewanderten Bevölkerung. Die Forschung belegt ferner, dass diese Politiken auch den sozialen Zusammenhalt zwischen zugewanderter und lokaler Bevölkerung fördern. Gerade in Ländern, Regionen oder Schulen mit hohem Ausländeranteil gehen inklusive Integrationspolitiken mit verringerter Fremdenfeindlichkeit in der Bevölkerung einher (Green et al. 2020, Kende et al. 2022). Wenn zugewanderte Personen dank inklusiver Politiken einfacher und schneller in die Regelstrukturen (Schule, Arbeitsmarkt) sowie in die Gesellschaft integriert werden, stärkt das ihre Handlungsfähigkeit, sowie ihre Sichtbarkeit als aktiv teilhabende und beitragende Mitglieder der Gesellschaft. Insgesamt verbessert sich dadurch auch die gesellschaftliche Repräsentation von zugewanderten Personen, und negative Stereotype und Vorurteile können abgebaut werden.

Aus politischer Sicht lässt sich ausgehend von diesen Forschungsbefunden ein Plädoyer für eine inklusive Integrationspolitik formulieren, sofern man, gerade in Kontexten mit starker Einwanderung, chancengleiche Teilhabe, sozialen Zusammenhalt und harmonische Beziehungen stärken möchte. Exklusive Integrationsmaßnahmen, etwa ein erschwerter Zugang zum Schweizer Pass, politischen Mitsprachrechten, oder zum Arbeitsmarkt, mögen für politische Entscheidungsträger eine attraktive Option sein, um Bedenken rechtspopulistischer Parteien zu beschwichtigen. Während einzelne Studien zu bedenken geben, dass inklusive Integrationspolitiken zu grösserer Segregation und schlechterer Inklusion führen können (Koopmans 2010), betont eine Mehrheit internationaler Studien hingegen die positiven Auswirkungen inklusiver Politik auf Chancengleichheit, Teilhabe und sozialen Zusammenhalt (siehe etwa Bloemraad 2006, Bloemraad und Wright 2014, Green et al. 2020, Guimond et al. 2014, Hainmueller et al. 2015, 2019). Analog dazu bestätigen unsere Forschungsergebnisse, dass inklusive Maßnahmen, die die Sprachkenntnisse und aktive Teilhabe der zugewanderten Bevölkerung fördern, einen positiven Kreislauf in Gang setzen können. Indem inklusive Politiken die Teilhabe und den gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Beitrag von zugewanderten Personen stärken, können sie auch die Fremdenfeindlichkeit in der Mehrheitsbevölkerung verringern. Es versteht sich von selbst, dass auch Wirtschaft und Staat am meisten von einer gelungenen Inklusion und Teilhabe profitieren.

Fachkräftemangel, Wirtschaftsmigration und Personenfreizügigkeit im Rahmen der EU

Die Zuwanderung, ob unfreiwillig, etwa aus Fluchtgründen, oder zwecks Arbeitssuche, ist ferner klar eingebettet in die Zusammenarbeit mit der EU. Im Arbeitsmarkt besteht ein demografisch bedingter Bedarf an Zuwanderung, damit der Mangel an Fachkräften, etwa im Pflegewesen, Baugewerbe oder Technologiebereich, ausgeglichen werden kann (Abberger et al. im Erscheinen). Die aktuelle und prognostizierte demografische Entwicklung europäischer Länder wird diesen Bedarf noch verschärfen: Gemäss Hochrechnungen wird Europas Bevölkerung im Erwerbsalter von aktuell 287.5 Millionen (Stand 2025) auf 257.2 Millionen im Jahr 2050 schrumpfen (Wanner 2025). Dies führt zu einer Reduktion der Arbeitskräfte um rund einem Zehntel in den nächsten 25 Jahren. Auch die Schweiz bleibt von dieser Entwicklung nicht verschont. Der Anteil an 15 bis 19-Jährigen, welche demnächst anstehende Pensionäre auf dem Arbeitsmarkt ersetzen werden, beträgt aktuell nur 73% der Erwerbstätigen, die heute zwischen

60-64 Jahre alt sind. Mit anderen Worten können aufgrund von natürlicher Fluktuation bereits heute nur 7 von 10 Arbeitsplätzen durch hiesiges Arbeitspotential ersetzt werden (ibid.). Eine bedarfsgerechte Zuwanderung ist aber nicht nur zentral für eine prosperierende Wirtschaft (Beerli et al. 2021). Auch der Beitrag zugewanderter Arbeitskräfte an den Erhalt der Sozialwerke ist nicht zu unterschätzen, allen voran an die Altersvorsorge, deren Ausgaben im Zuge der fortschreitenden Überalterung der Gesellschaft weiterhin ungebremst ansteigen werden (BFS 2025, OECD 2025).

Vor diesem demographischen Hintergrund wird deutlich, dass die Schweiz nur schon für den Erhalt der aktuellen wirtschaftlichen Wohlfahrt sowie die Gewährleistung der Altersvorsorge mehr Arbeitskräfte braucht, als sie aktuell aufgrund von Geburtenrückgängen und einer alternden Gesellschaft auf natürliche Weise zur Verfügung stellen kann. Rechtspopulistische Kreise, aktuell etwa die italienische Premierministerin Giorgia Meloni oder Pronatalisten in den USA, propagieren deshalb aktiv höhere Geburtenraten als Lösung dieses Dilemmas und rufen ihre nationale Bevölkerung dazu auf, mehr Kinder zu kriegen. Kinder auf die Welt zu stellen, oder eben nicht, ist jedoch gerade in zeitgenössischen Demokratien eine zutiefst private Frage, weshalb mehr als fraglich ist, ob staatlich verordnetes Kinderkriegen heutzutage überhaupt noch eine gangbare Lösung sein kann.

Historisch bewährt hat sich demgegenüber die Gewinnung von zusätzlich benötigten Arbeitskräften über die Zuwanderung. Aktuell erfolgt diese wirtschaftliche Zuwanderung von Arbeitskräften in die Schweiz vor allem aus Europa und dem OECD-Raum. Doch auch hier stellen sich diverse Herausforderungen: woher sollen die benötigten Arbeitskräfte kommen, wenn protektionistische Kräfte, die eine Beschränkung oder gar die Aufhebung der Personenfreizügigkeit mit der EU befürworten, die Oberhand gewinnen—etwa im Falle eines Ja des Stimmvolkes zur SVP-Initiative «Keine 10 Millionen Schweiz», über die wir voraussichtlich 2026 abstimmen werden? Ferner leidet nicht nur die Schweiz an Geburtenrückgang und einer Überalterung der Gesellschaft, sondern auch viele europäische Länder. Damit reduziert sich bereits ohne politisches Zutun der natürliche Pool an potenziellen jungen, auswanderungswilligen Arbeitskräften aus Europa. Die Schweiz steht hier in direktem Wettbewerb mit anderen europäischen Staaten um qualifizierte, ausländische Arbeitskräfte. Diese demografischen Sachzwänge und politischen Rahmenbedingungen verlangen nach pragmatischen und gangbaren politischen Lösungen.

Ausgehend von der aktuellen Ausgangslage zeichnen sich zwei mögliche Lösungswege ab (siehe hierzu auch Wanner 2025): Erstens sollte die Mobilisierung von ungenutztem Arbeitspotential in der Schweiz optimiert werden. Dies gilt namentlich auch für den Asylbereich. Im Jahr 2024 waren nur rund die Hälfte, 51% der vorläufig Aufgenommenen und Flüchtlinge, die vor sieben Jahren zugewandert und zum Zeitpunkt der Einreise zwischen 16 und 55 Jahre alt waren, erwerbstätig (SEM, 2024). Mögliche Strategien beinhalten etwa eine einfachere Anerkennung ausländischer Diplome, oder inklusive Arbeitsmarktpolitiken. Wie bereits diskutiert, erweisen sich gerade auch im Asylbereich politische Massnahmen als wirksam, die die Inklusion in den Arbeitsmarkt fördern. Solche Massnahmen können die Arbeitsmarktintegration sowie das Lohnniveau, aber auch die sprachliche und soziale Integration von vorläufig aufgenommenen Personen (F-Status), die jedoch in der Regel langfristig bis permanent in der Schweiz bleiben, nachweislich verbessern (Pecoraro et al. 2021). Allerdings ist dieser Effekt vor allem unter Männern mit F-Status zu beobachten. Hier sind kreative Lösungen gefragt, wie auch vorläufig aufgenommene Migrantinnen, etwa über den Ausbau erschwinglicher Betreuungsangebote für Kleinkinder, besser in den Arbeitsmarkt integriert werden könnten.

Zweitens muss sich die Politik, angesichts der natürlichen—und möglicherweise dereinst auch politischen—Einschränkung der Zuwanderung aus der EU, unweigerlich mit der Frage auseinandersetzen, ob die Schweiz künftig verstärkt Zuwanderer aus Drittstaaten von ausserhalb der EU rekrutieren will, um dem Fachkräftemangel beizukommen und die aktuelle wirtschaftliche Wohlfahrt der Schweiz weiterhin gewährleisten zu können. Schliesslich stellt sich auch die Frage, welche Auswirkungen die Abwanderung hochqualifizierter Personen, der sogenannte «brain-drain», für die Volkswirtschaften der Ursprungsländer mit sich bringt. Wenn immer mehr Länder des globalen Nordens hochqualifizierte Migranten anziehen, fehlen diese Fachkräfte in den Volkswirtschaften des globalen Südens. Gleichzeitig werden Geldüberweisungen durch Migranten in ihre Ursprungsländer zu einer immer gewichtigeren Einnahmequelle: In Ländern wie Tonga oder Libanon belaufen sie sich bereits auf 30% des nationalen Bruttoinlandsproduktes (Kunz et al., 2022).

Asylbereich: Zunehmende Sekuritisierung auf Kosten des humanitären Schutzgedankens

Nebst der wirtschaftlichen Zuwanderung betrifft ein zweiter, jedoch weitaus kleinerer, Zuwanderungsbereich Personen auf der Flucht und Asylsuchende. Wie bereits erwähnt entfallen hierzulande insgesamt nur 5 von 100 ausländischen Personen auf den Asyl- und Fluchtbereich. Darunter finden sich Flüchtlinge, Asylsuchende und vorläufig aufgenommene Personen aus allen Weltregionen, aber auch die grosse Gruppe an Flüchtlingen aus der Ukraine, die mehrheitlich den Schutzstatus S besitzen. Ende 2024 hatten rund 68'000 Personen eine S-Bewilligung.

Im Grundsatz geht der internationale Schutzgedanke von an Leib und Leben bedrohten Personen auf das Ende des zweiten Weltkriegs zurück. Die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 definiert einen Flüchtling als eine Person, die sich «aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung ausserhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt, und die den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Befürchtungen nicht in Anspruch nehmen will» (Art.1A, Abs.2 der Genfer Flüchtlingskonvention). Kernstück der Genfer Flüchtlingskonvention ist das «Non-Refoulement» Prinzip, welches die zwangsweise Ausweisung und Zurückweisung flüchtender Personen in Staaten, in denen ihr Leben oder ihre Freiheit aus obigen Gründen bedroht sein würde, verbietet.

Seit rund 20 Jahren beobachten wir eine zunehmende Abkehr von diesem internationalen Schutzgedanken und dem Recht, bedrohten zugewanderten Personen Schutz zu gewähren, hin zu einer Rhetorik, die vermehrt den Schutz hiesiger Gesellschaften vor «irregulärer» oder «unkontrollierter» Migration in den Fokus rückt. Damit einhergehend verzeichnen wir eine zunehmende Verschärfung nationaler und internationaler Schutzbestimmungen für Menschen auf der Flucht. Sinnbildlich dafür stehen etwa die Ausgaben der EU Grenz- und Küstenschutzagentur Frontex, welche von 6,2 Millionen Euro im Jahr 2005 auf 395,6 Millionen Euro im Jahr 2020 angestiegen sind (Loschi und Slominski, 2022). Dies entspricht einem Anstieg des Frontex Jahresbudgets um mehr als das 60fache innerhalb von 15 Jahren. Diese Entwicklung macht auch vor der Schweiz nicht halt. Obwohl sich das Land mit seiner langen humanitären Tradition rühmt, hat kaum ein anderes Politikfeld mehr Verschärfungen erfahren in den letzten Jahrzehnten als die Schweizer Asylpolitik (Lavenex 2023).

Ein glaubwürdiges internationales Flüchtlingsrecht bedingt jedoch, dass es für Menschen auf der Flucht sichere und legale Wege geben muss, um in Zielländer gelangen zu können, in denen sie einen Asylantrag stellen können. Solche sichereren und legalen Fluchtwege gibt es jedoch heute kaum mehr. Im Rahmen des Schengen Raums, zu dem auch die Schweiz assoziiert ist, bezeichnet irreguläre Migration jede Bewegung von Personen zu einem neuen Wohnort oder

Transitort, die außerhalb der regulatorischen Normen der Entsendungs-, Transit- und Aufnahmeländer stattfindet. Mit anderen Worten: wenn Menschen auf der Flucht keine legalen Papiere wie etwa ein Visum besitzen, welches sie berechtigt, in ein Land des Schengenraumes einzureisen, gelten sie automatisch als irreguläre Zuwanderer. Personen, die an Leib und Leben bedroht sind, werden jedoch auch in Zukunft häufig nicht in der Lage sein, sich vor ihrer Flucht um ein gültiges Visum oder einen legalen Aufenthaltsstatus in bestimmten Zielländern kümmern zu können. Für diese Menschen braucht es legale und sichere Wege, um in einem anderen Land Schutz zu beantragen; ansonsten wird der internationale Schutzgedanke hinfällig.

Eine kontinuierliche und aktive Beteiligung der Schweiz an internationalen Initiativen wie dem Resettlement-Programm der Flüchtlingsorganisation der Vereinten Nationen (UNHCR) scheint vor diesem Hintergrund wichtig. Wenig überzeugend wirken demgegenüber Projekte, welche eine Externalisierung von Asylverfahren in «sichere» Drittstaaten, etwa an der EU-Aussengrenze, vorsehen. Solche Auslagerungs-Strategien werden von diversen Staaten, etwa Dänemark oder Italien, praktiziert, und auch in der Schweiz diskutiert. Solange jedoch nicht klar ist, ob grundlegende menschenrechtliche Standards in nicht-demokratischen Staaten gewährleistet werden können, ist die Auslagerung der Schutzverantwortung auf Drittstaaten keine verantwortbare Option für demokratisch regierte Staaten wie die Schweiz.

Der jüngst verabschiedete EU-Pakt zu Migration und Asyl hat es verpasst, grundlegende Dysfunktionalitäten im europäischen Asylsystem, allen voran die ungleiche Verteilung von Flüchtlingen auf EU-Mitgliedsstaaten und assoziierte Länder im Rahmen des Dublin-Systems, effizient anzugehen. Der Migrationsdruck auf geografisch exponierte Staaten an den Schengen-Aussengrenzen wie Italien oder Griechenland bleibt somit unvermindert hoch. Gleichzeitig ist zu begrüßen, dass der Pakt erstmals verbindliche Solidaritätsmassnahmen zwischen EU-Staaten vorsieht. Konkret sollen solche Massnahmen gewisse EU-Staaten entlasten, wenn dort zahlreiche Migranten und Geflüchtete ankommen, etwa via die Übernahme von Asylsuchenden, aber auch über Geldbeiträge und operative Hilfeleistungen. Staaten des Dublin-Regimes, wie der Schweiz, steht es frei, sich diesen Solidaritätsmassnahmen anzuschliessen. Das Parlament hat sich im September 2025 für eine Teilnahme der Schweiz an dieser freiwilligen EU-Asylsolidarität entschieden. Somit bestehen intakte Chancen, künftig ein gerechteres EU-Asylsystem zu gestalten, an dem auch die Schweiz aktiv mitwirkt.

Dies bringt mich zum letzten Punkt im Bereich Asyl, der in der öffentlichen Wahrnehmung sehr viel Gewicht erhält: kriminelle Asylsuchende. Wie alle Kriminellen sind auch sie ein Problem. Auch wenn Asylsuchende übervertreten sind unter Delinquenten, wird nur eine Minderheit von Asylsuchenden kriminell. Wie alle kriminellen Delikte, müssen auch diese über unseren Rechtsstaat geahndet werden. Eine kollektive Vorverurteilung aller Asylsuchenden als potentielle Kriminelle oder Hauptursache von Kriminalität ist hingegen in doppelter Hinsicht problematisch. Erstens ist sie statistisch gesehen falsch: gemessen an allen Delikten entfielen gemäss Kriminalstatistik des BFS 2024 6.7% auf die Asylbevölkerung. Dies entspricht einem Anteil von 4.6% der gesamten Asylbevölkerung, sprich, rund 19 auf 20 Asylsuchende sind nicht kriminell. Eine Verallgemeinerung des kriminellen Zwanzigstels auf alle Asylsuchenden sendet ein Signal der Ausgrenzung, welches gerade jene Bestrebungen der Inklusion unterwandert, von denen alle am meisten profitieren würden.

Angesichts des Fokus nationaler und europäischer Debatten auf Effizienz- und Sicherheitsanliegen erscheint es zentral, den humanitären Grundgedanken, der dem Asylstatus zugrunde liegt, nicht gänzlich aus den Augen zu verlieren (Bello 2020). Im Zentrum steht die Gewährleistung des international verbrieften Menschenrechts, im Falle einer Gefährdung über legale Fluchtwege in einem anderem Land Schutz suchen zu dürfen. Dieses Recht gilt es über

faire und effiziente Prozeduren aufrechtzuerhalten. Dasselbe gilt auch auf EU-Ebene, wo die Schweiz das Gespräch suchen kann mit europäischen Partnern, um das EU-Asylsystem ausgeglichener, gerechter und sicherer zu gestalten (Guiraudon 2018).

Globale Migrationsgouvernanz: aussenpolitisches Engagement versus innenpolitischer Widerstand

Schliesslich engagiert sich die Schweiz über die EU hinaus aktiv in der globalen Migrationsaussenpolitik. Diese beruht auf zwei Pfeilern: der multilateralen globalen Migrationsgouvernanz sowie bilateralen Verträgen der Schweiz mit ausgewählten nicht-EU Staaten etwa in den Bereichen Migrationskontrolle, Rückführung, oder zur Stärkung von Synergien zwischen Migration und Entwicklungszusammenarbeit. Auf dieser globalen Ebene kommt das Spannungsfeld zwischen innen- und aussenpolitischen Interessen sowie die gesellschaftliche und politische Polarisierung zum Thema Migration am deutlichsten zur Geltung. Exemplarisch zeigt dies das Beispiel des globalen Pakts für eine sichere, geordnete und reguläre Migration der Vereinten Nationen. Dieser sogenannte UNO-Migrationspakt wurde 2018 von der Uno-Generalversammlung verabschiedet und bildet den ersten globalen Rahmen für eine gemeinsame, weltweite Migrationspolitik. Der Pakt ist rechtlich nicht bindend (sogenanntes «weiches» Völkerrecht), zielt aber auf internationale Zusammenarbeit ab. Es handelt sich also um eine politische Absichtserklärung zur besseren internationalen Steuerung von Migration. Der Pakt enthält 23 Ziele, welche sich in drei verschiedenen Themenbereichen zusammenfassen lassen: erstens, die sichere und reguläre Migration zu fördern, zweitens, die Ursachen irregulärer Migration zu bekämpfen, und drittens, die Koordination und Rückkehrverfahren zu verbessern. Er zeichnet sich durch seine kooperative Grundlage aus, die den internationalen Dialog anstelle nationaler Alleingänge fördert, sowie seine menschenrechtliche Orientierung, welche darauf abzielt, Schutzstandards insbesondere für vulnerable Gruppen zu stärken. Zudem verfolgt er einen ganzheitlichen und flexiblen Ansatz, der alle Aspekte der Migration berücksichtigt und es Staaten ermöglicht, Schwerpunkte zu setzen, ohne ihre Souveränität aufzugeben.

Die Schweiz spielte eine Vorreiterrolle in der Koordinierung dieses Pakts und hat massgeblich zu seiner Entstehung und zu seinem Gelingen beigetragen (Cottier 2021, Lavenex et al. 2021). Auch im Nachgang an seine Ratifizierung durch eine Mehrheit der UNO-Mitgliedsstaaten im Jahr 2018, jedoch ohne die Schweiz, beteiligt sich das Land weiterhin aktiv an internationalen Foren und Prozessen zum Thema Migration. So war die Schweiz 2023 etwa Gastgeberin des 2. Globalen Flüchtlingsforums, und übernahm 2025 den Vorsitz des zwischenstaatlichen Forums für den Austausch zu Migration, Asyl und Flüchtlinge (IGC), an dem sich 17 Staaten aus Europa und Übersee beteiligen. Diese proaktive und engagierte Haltung der Schweiz in der Migrationsaussenpolitik im Rahmen der globalen Migrationsgouvernanz steht in einem scharfen Kontrast zum innenpolitischen und öffentlichen Migrationsdiskurs im Land. Seit den 70er Jahren prägt ein Überfremdungsnarrativ die Migrationsdebatte der Schweiz, sowie damit verbundene Bedenken, dass gefühlt «zu viele» Zuwanderer in die Schweiz kommen (Manatschal 2023). Ab Mitte der 90er Jahre hat die rechtspopulistische Schweizerische Volkspartei SVP, seit vielen Jahren wählerstärkste Partei des Landes, begonnen, dieses Thema sehr erfolgreich zu bewirtschaften. So hat die SVP in den vergangenen Jahrzehnten zahlreiche kantonale und nationale anti-Immigrations-Initiativen lanciert, darunter etwa die Initiative zum Verbot von Minaretten (2009), zur Ausschaffung krimineller Ausländer (2010) oder gegen Masseneinwanderung (2014), die allesamt vom Schweizer Stimmvolk angenommen wurden (Lavenex und Manatschal 2022). Ähnliche Bedenken vor einem «zu viel» an Migration haben zurzeit auch in vielen anderen westlichen Demokratien Hochkonjunktur, wie der Erfolg rechtspopulistischer und migrationsfeindlicher Stimmen, Politiker und Parteien etwa in den USA, Italien, Deutschland, aber auch den Niederlanden oder Schweden belegt.

Vor diesem Hintergrund ist es wenig erstaunlich, dass der UNO-Migrationspakt in breiten Teilen der Öffentlichkeit in erster Linie Misstrauen hervorrief. Die Unterstellung, der Pakt würde Migration fördern, wurde erstmals von der ersten Trump-Administration in die Diskussion eingebracht, um zu begründen, weshalb die USA den Migrationspakt ablehnten. Soziale Medien spielten anschliessend eine zentrale Rolle als Brandbeschleuniger, der dieses Narrativ koordiniert und breit angelegt in diversen Ländern streute (Cottier 2021). Auf diese Weise wurden gezielt Ängste vor einem Text geschürt, der in Wirklichkeit lediglich darauf abzielt, einen internationalen Rahmen für Migration zu schaffen, indem er die staatliche Souveränität bekräftigt, eine engere Zusammenarbeit anstrebt und die Menschenrechte von Migrantinnen und Migranten in Erinnerung ruft (ibid.) Als Folge wurde der Pakt an der UN-Generalsammlung im Dezember 2018 von 152 Ländern angenommen, aber diverse Länder, darunter auch viele westliche Demokratien oder Länder des globalen Nordens, darunter etwa die USA oder Ungarn, haben den Pakt abgelehnt. Andere haben sich einer Stimme enthalten, wie die Schweiz oder Italien. Hierzulande blieb das Thema auch in den vergangenen Jahren umstritten. Im Dezember 2024 lehnte das Parlament, angeführt durch konservative Parteien, einen Beitritt zum UN-Migrationspakt ab.

Ähnlich wie der Klimawandel, internationale Konflikte oder Pandemien zählt Migration zu den aktuellen, komplexen und globalen Herausforderungen, die Staaten nicht im Alleingang umfassend regulieren können. Eine koordinierte, breit abgestützte multilaterale Regulierung, welche alle Facetten der Migration, inklusive Abwanderung, Einwanderung, Niederlassung, Rückkehr oder erneute Migrationsbewegungen, berücksichtigt, ist deshalb die nachhaltigste Strategie für eine effiziente globale Migrationsgouvernanz. Vor diesem Hintergrund stellt es eine verpasste Chance dar, wenn sich die Schweiz aus diesen koordinierten, multilateralen Regelungsbemühungen zurückzieht. Grundsätzlich stellt sich angesichts des Spannungsfeldes zwischen aussenpolitischem Engagement und innenpolitischem Widerstand die Frage, wie die Schweiz weiterhin die Rolle eines glaubwürdigen Vermittlers und Initiators globaler Leitlinien im Bereich Migration spielen kann, wenn sie selbst diese aufgrund von innenpolitischem Widerstand nicht ratifiziert.

Wege zu einer Migrationspolitik der Zukunft

Wie deutlich wurde, ist die Schweizer Migrationspolitik nicht zuletzt deshalb so stark umstritten, weil sie mitten im Spannungsfeld zwischen innen- und aussenpolitischen Interessen steht. Einerseits ist die Schweiz wirtschaftlich und demografisch auf Zuwanderung angewiesen, andererseits prägen Ängste vor Überfremdung seit Jahrzehnten den öffentlichen Diskurs. Diese Ängste sind tief in einem exklusiven, ethnischen Verständnis nationaler Identität verwurzelt, deren Schutz als zentrales Erkennungsmerkmal rechtspopulistischer Parteien weltweit gilt. Aus dieser Perspektive werden Zuwanderung und Vielfalt nicht als Bereicherung, sondern als Bedrohung der eigenen Identität wahrgenommen. Darüber hinaus sieht sich die Schweiz, wie viele europäische Länder, zusehends mit den Herausforderungen des Fachkräftemangels und der Überalterung konfrontiert, weshalb eine gezielte Zuwanderung zentral bleibt. Vor diesem Hintergrund drohen politische Vorstösse wie die SVP-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz» die wirtschaftliche Stabilität des Landes zu gefährden. Während die Schweiz in der globalen Migrationsgouvernanz, etwa beim UNO-Migrationspakt, häufig eine Vorreiterrolle spielt, verhindern innenpolitische Widerstände oft deren Umsetzung. Auf lokaler Ebene belegen Forschungsergebnisse derweil, dass ein grösstmöglicher Nutzen der Migration für alle möglich ist. Inklusive Integrationspolitiken fördern nicht nur gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Teilhabe, Chancengleichheit und sozialen Zusammenhalt, sondern reduzieren auch die Fremdenfeindlichkeit. Gleichzeitig wird die Asylpolitik sowohl auf EU-Ebene als auch in der Schweiz zunehmend restriktiver, wodurch humanitäre Verpflichtungen wie etwa das Non-Refoulement-Prinzip unter Druck geraten.

Was braucht es angesichts dieser komplexen und interdependenten Ausgangslage für eine nachhaltige Migrationspolitik der Zukunft, die den Nutzen von Migration für alle möglichst gross, und mögliche Nachteile möglichst geringhält? Aus der vorangehenden Diskussion lassen sich insbesondere drei Perspektiven identifizieren, welche den Weg in eine zukunftsfähige Schweizer Migrationspolitik weisen können.

1. Weg von der Sündenbockmentalität hin zu einem differenzierten und informierten öffentlichen Migrationsdiskurs

Die Sündenbockmentalität, sprich, andere für alle möglichen wirtschaftlichen, sozialen oder politischen Probleme verantwortlich zu machen, erlebt derzeit in politischen Diskursen Hochkonjunktur. Dieser Umstand ist nicht zuletzt dem amtierenden US-Präsidenten zu verdanken. Schuld sind demnach immer die anderen, vorzugsweise Migranten. Ein solch einseitiges Narrativ ist nicht nur falsch, sondern auch sehr gefährlich, wie die Geschichte wiederholt gelehrt hat. Um den Nutzen von Migration zu maximieren, und damit verbundene Nachteile möglichst gering zu halten, braucht es stattdessen eine sachliche, faktenbasierte öffentliche Diskussion und transparente Kommunikation, welche das Vertrauen in politische Entscheidungsträger stärken und gesellschaftliche Verständnis fördern kann. Für eine zukunftsfähige und nachhaltige Migrationspolitik muss dieser Diskurs auf die reichhaltigen Zahlen, Fakten, und wissenschaftlich fundierten Erkenntnissen zum Thema Migration und Migrationspolitik zurückgreifen, keine wankelmütigen Emotionen und irrationalen Ängste.

Die Bevölkerung muss nachvollziehen können, warum Zuwanderung, aber auch Abwanderung, stattfinden, welche Regeln gelten, welche Auswirkungen diese haben, welchen Nutzen Immigration bringt, wie wirtschaftliche Wohlfahrt Zuwanderung bedingt, aber auch, welche Herausforderung mit ihr einhergehen, und wie diese erfolgreich angegangen werden können. Dem aktuellen Mangel an Vertrauen in politische Eliten, die im multilateralen Kontext agieren, ob seitens der Bevölkerung oder im Parlament, kann nur über den Dialog begegnet werden. Dazu gehören beide Seiten des Austauschs, aktives Zuhören und aufeinander Eingehen, das Bemühen, sich gegenseitig zu verstehen, sowie unermüdliches Erklären und Objektivieren. Was nach einem einfachen Rezept klingt, scheint in einer zunehmend polarisierten Öffentlichkeit, in welcher Meinungsbildungsprozesse zusehends in abgeschotteten Social-Media-Blasen stattfinden, immer schwieriger zu werden. Gerade für den politischen und öffentlichen Migrationsdiskurs braucht es deshalb öffentliche Foren, Austausch- und Informationsmöglichkeiten, welche auch Menschen mit sehr unterschiedlichen politischen Meinungen wieder vermehrt zusammenbringen, und inklusive, demokratische Diskurse ermöglichen. In diesem Zusammenhang sind Initiativen wie etwa der «Bevölkerungsrat» des Zentrums für Demokratie Aarau auch für den Migrationsdiskurs vielversprechend (Kübler et al., 2024).

2. Bessere Abstimmung und Koordination migrationspolitischer Ziele

Eine zukunftsfähige Migrationspolitik bedingt zweitens eine bessere Abstimmung und Koordination der diversen migrationspolitischen Ziele, sowohl zwischen den verschiedenen Unterbereichen von Migrationspolitik wie wirtschaftliche Zu- und Abwanderung, Asyl, oder Integration, als auch über die verschiedenen Regierungsebenen hinweg. Die richtige Balance zwischen den verschiedenen, bisweilen gegenläufigen Interessen in der Migrationspolitik zu finden, welche auch spaltende, extreme Meinungen zu mässigen vermag, ist keine einfache Aufgabe. Öffentlichen Foren und Meinungsbildungsprozesse im Stile der vorgängig erwähnten Beispiele bieten einen Rahmen, innerhalb dessen der Migrationsdiskurs, darunter auch

divergierende migrationspolitische Ziele, sowohl auf niederschwelliger, lokaler, als auch nationaler Ebene konstruktiv geführt werden kann.

Migration ist jedoch, wie zahlreiche andere zeitgenössische politische Themen, ein komplexes und international vernetztes Phänomen. Es kann folglich nicht allein auf innenpolitischer Ebene geregelt werden, auch wenn viele, darunter nicht nur rechtspopulistische Parteien, sich das gerne wünschen würden. Entsprechend zentral bleiben deshalb Koordinations- und Abstimmungsprozesse migrationspolitischer Ziele über alle Regierungsebenen hinweg: lokal, kantonal, national, sowie darüber hinaus in supranationalen und globalen internationalen Institutionen und Gremien wie der EU und der UNO. Nur wenn die Schweiz sich weiterhin aktiv und auf verschiedenen Regierungsebenen an diesen multilateralen Migrationsdiskursen beteiligt, kann sie auch aktiv dazu beitragen, dass die Abstimmung migrationspolitischer Ziele aus einer ganzheitlichen Perspektive erfolgt, die neben Zu- und Abwanderung auch Fragen der Niederlassung und Auswirkungen in Herkunftsländern berücksichtigt. Multilaterale Ansätze können auch am besten gewährleisten, dass diese Diskurse eine menschenrechtliche Orientierung verfolgen, welche darauf abzielt, Schutzstandards insbesondere für vulnerable Gruppen zu stärken.

3. Inklusive Integrationspolitik: warmer Handschlag statt kalte Schulter

Menschen haben sich schon immer bewegt und werden sich auch weiterhin über Grenzen hinwegbewegen wollen. Dies gilt auch für die Schweiz. Im Jahr 2024 haben mehr als 27% der ansässigen Wohnbevölkerung keinen Schweizer Pass, und 40%, oder fast jede zweite Person, hat einen Migrationshintergrund. Gleichzeitig lebten zu diesem Zeitpunkt 826'700 Schweizer Staatsangehörige im Ausland, was einem stattlichen Anteil von rund 12% der in der Schweiz wohnhaften Bevölkerung mit Schweizer Pass entspricht. Darunter sind drei Viertel mindestens Doppelbürger, was die internationale Ausrichtung ausgewanderter Personen widerspiegelt.

Migration ist ein wichtiger Treiber von wirtschaftlicher Wohlfahrt, sowie von technologischer, kultureller und gesellschaftlicher Innovation. Der Nutzen der Zuwanderung beschränkt sich nicht auf die Wirtschaft, lässt sich hier wohl aber am einfachsten beziffern. So hat etwa die Personenfreizügigkeit mit der EU bestehende qualifikationsintensive Unternehmen vergrößert, deren Produktivität und Innovationskraft gesteigert, und neue Unternehmen angezogen (Beerli et al., 2021). Fachkräftemangel und eine immer älter werdende Gesellschaft verdeutlichen zudem die grosse Abhängigkeit unserer Volkswirtschaft von der Zuwanderung. Man kann diesen Umstand begrüßen oder bedauern. In jedem Fall zeigt diese demographische und wirtschaftliche Realität jedoch auf, dass allen am meisten gedient ist, wenn Inklusion und Teilhabe der ansässigen zugewanderten Wohnbevölkerung gelingen.

Wie ausführlich diskutiert, gelingt diese Inklusion und Teilhabe am besten mit inklusiven integrationspolitischen Massnahmen, welche die aktive Teilnahme zugewandeter Menschen im Arbeitsmarkt, sowie in der Gesellschaft, Kultur und Politik begünstigen. Die Forschung zeigt, dass es einen großen Unterschied macht, ob man jemandem die kalte Schulter zeigt, oder einen warmen Handschlag gibt. Die symbolische Wirkung eines herzlichen Händedrucks, sei es im Rahmen der Politik, des öffentlichen Migrationsdiskurses oder bei alltäglichen Begegnungen, sollte nicht unterschätzt werden. Er kann einen positiven Kreislauf in Gang setzen, der sowohl die Chancengleichheit für zugewanderte und nicht zugewanderte Menschen, gesellschaftliche und wirtschaftliche Wohlfahrt, als auch den sozialen Zusammenhalt in vielfältigen Gesellschaften fördert.

Referenzen

- Abberger, Klaus, Flurin Jacomet, Nicolas Marti, Miriam Prater, Michael Siegenthaler, und Stefanie Siegrist. im Erscheinen. *Arbeitskräftemangel in der Schweiz: Ursachen und Auswirkungen*. Konjunkturforschungsstelle KOF (ETH Zürich).
- Beerli, Andreas, Jan Ruffner, Michael Siegenthaler, und Giovanni Peri. 2021. "The Abolition of Immigration Restrictions and the Performance of Firms and Workers: Evidence from Switzerland." *American Economic Review* 111 (3): 976–1012.
- Bello, Valeria. 2020. The spiralling of the securitisation of migration in the EU: from the management of a 'crisis' to a governance of human mobility? *Journal of Ethnic and Migration Studies* 48 (6): 1327-1344.
- Bloemraad, Irene. 2006. *Becoming a Citizen: Incorporating Immigrants and Refugees in the United States and Canada*. Berkeley, Los Angeles: University of California Press.
- Bloemraad, Irene, und Matthew Wright. 2014. "'Utter Failure" or Unity out of Diversity? Debating and Evaluating Policies of Multiculturalism." *International Migration Review* 48 (1): 292-334.
- Bundesamt für Statistik (BFS). 2025. *Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung der Schweiz und der Kantone 2025-2055*. BFS (Neuchâtel).
- Cottier, Damien. 2021. "Der UNO-Migrationspakt: Gekapert von den sozialen Netzwerken." In *Eine Aussenpolitik für die Schweiz im 21. Jahrhundert*, herausgegeben von Thomas Bernauer, Katja Gentinetta und Joëlle Kuntz, 225-228. Basel: NZZ Libro.
- Green, Eva G.T., Emilio Paolo Visintin, Oriane Sarrasin, and Miles Hewstone. 2020. "When integration policies shape the impact of intergroup contact on threat perceptions: a multilevel study across 20 European countries." *Journal of Ethnic and Migration Studies* 46 (3): 631-648.
- Guimond, Serge, Roxane de la Sablonnière, and Armelle Nugier. 2014. "Living in a multicultural world: Intergroup ideologies and the societal context of intergroup relations." *European Review of Social Psychology* 25 (1): 142-188.
- Guiraudon, Virginie. 2018. The 2015 refugee crisis was not a turning point: explaining policy inertia in EU border control. *European Political Science* 17 (1): 151–160.
- Hainmueller, Jens, Dominik Hangartner, and Giuseppe Pietrantuono. 2015. "Naturalization Fosters the Long-Term Political Integration of Immigrants." *Proceedings of the National Academy of Sciences* 112 (41): 12651–12656.
- Hainmueller, Jens, Dominik Hangartner, and Dalston Ward. 2019. "The effect of citizenship on the long-term earnings of marginalized immigrants: Quasi-experimental evidence from Switzerland." *Science Advances* 5 (12): 1-8.
- Kende, Judit, Oriane Sarrasin, Anita Manatschal, Karen Phalet, und Eva G. T. Green. 2022. Policies and Prejudice: Integration Policies Moderate the Link Between Immigrant Presence and Anti-Immigrant prejudice. *Journal of Personality and Social Psychology* 123 (2): 337–352.
- Koopmans, Ruud. 2010. Tradeoffs between Equality and Difference: Immigrant Integration, Multiculturalism and the Welfare State in Cross-National Perspective. *Journal of Ethnic and Migration Studies* 36 (1): 1-26.
- Kübler, Daniel, Andri Heimann, Nenad Stojanović, und Francesco Neri. 2024. Der Bevölkerungsrat – ein neues Stück Demokratie. *Die Volkswirtschaft, Plattform für Wirtschaftspolitik*, November 2024. URL (zuletzt besucht am 20.01.2026):
- Kunz, Rahel, Julia Maisenbacher, und Lekh Nath Paudel. 2022. Remittances, development and financialisation beyond the Global North. *Economy and Space* 54 (4): 693–701.

Lavenex, Sandra, Paula Hoffmeyer-Zlotnik, und Philipp Lutz. 2021. Migration: im Konflikt zwischen Aussen- und Innenpolitik. In *Eine Aussenpolitik für die Schweiz im 21. Jahrhundert*, herausgegeben von Thomas Bernauer, KatjaGentinetta und Joëlle Kuntz, Seite 209-224. Basel: NZZ Libro.

Lavenex, Sandra. 2023. Migration Policy. In *The Oxford Handbook of Swiss Politics*, herausgegeben von Patrick Emmenegger, Flavia Fossati, Silja Häusermann, Yannis Papadopoulos, Pascal Sciarini und Adrian Vatter, 658-676. New York: Oxford University Press.

Lavenex, Sandra, und Anita Manatschal. 2022. Migrationspolitik. In *Handbuch der Schweizer Politik. Manuel de la politique suisse*, herausgegeben von Yannis Papadopoulos, Pascal Sciarini, Adrian Vatter, Silja Häusermann, Patrick Emmenegger und Flavia Fossati, 857-882. Zürich: NZZ Verlag.

Loschi, Chiara, und Peter Slominski. 2022. The EU hotspot approach in Italy: strengthening agency governance in the wake of the migration crisis? *Journal of European Integration* 44 (6): 769–786.

Manatschal, Anita, und Isabelle Stadelmann-Steffen. 2013. Cantonal variations of integration policy and their impact on immigrant educational inequality. *Comparative European Politics* 11 (5): 671-695.

Manatschal, Anita, und Isabelle Stadelmann-Steffen. 2014. Do Integration Policies Affect Immigrants' Voluntary Engagement? An Exploration at Switzerland's Subnational Level. *Journal of Ethnic and Migration Studies* 40 (3): 404-423.

Manatschal, Anita. 2023. Integration Policy. In *The Oxford Handbook of Swiss Politics*, herausgegeben von Patrick Emmenegger, Flavia Fossati, Silja Häusermann, Yannis Papadopoulos, Pascal Sciarini und Adrian Vatter, 677–694. New York: Oxford University Press.

OECD. 2025. *Ageing and employment*. OECD. URL (zuletzt besucht am 27.06.2025):
<https://www.oecd.org/en/topics/ageing-and-employment.html>

Pecoraro, Marco, Anita Manatschal, Eva G. T. Green, und Philippe Wanner. 2022. How effective are integration policy reforms? The case of asylum-related migrants. *International Migration* 60 (6): 95-110.

Politi, Emanuele, Salomon Bennour, Adrian Lüders, Anita Manatschal, und Eva G. T. Green. 2022. Where and Why Immigrants Intend to Naturalize: The Interplay Between Acculturation Strategies and Integration Policies. *Political Psychology* 43 (3): 437-455.

SECO. 2022. *18. Bericht des Observatoriums zum Freizügigkeitsabkommen Schweiz - EU Auswirkungen der Personenfreizügigkeit auf Arbeitsmarkt und Sozialleistungen*. Staatssekretariat für Wirtschaft, Bern.

SEM. 2024. *Erwerbssituation von vorläufig Aufgenommenen und Flüchtlingen 2024*. Staatssekretariat für Migration, Abteilung Integration, Bern.

Wanner, Philippe. 2025. Défis pour les 20 prochaines années. Eidgenössische Migrationskommission EKM, *terra cognita*, 41, 104-107.